

Antrag 13/II/2023**AG Selbst Aktiv Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Organisationspolitische Kommission,
Statutenkommission (Konsens)****Diskriminierung der AG Selbst Aktiv beenden – gleichberechtigtes Stimmrecht in den Gremien**

1 Den Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD kommt ei-
 2 ne besondere Rolle zu: Hier wird Expertise gebündelt, es
 3 werden Positionen entwickelt und vorgebracht, sie be-
 4 raten Vorstände sowie Funktions- und Mandatsträger*in-
 5 nen und bilden über ihre thematische Ausrichtung und
 6 als Interessensvertretung ein wichtiges Scharnier zu Bür-
 7 ger*innen sowie in die Zivilgesellschaft. Die Mitbestim-
 8 mungsrechte für die AG sind in der SPD Berlin jedoch un-
 9 gleich verteilt und folgen keinem Muster.

10

11 Von allen Arbeitsgemeinschaften der SPD Berlin, die Men-
 12 schen mit einem Diskriminierungsmerkmal vertreten, ist
 13 die AG Selbst Aktiv die einzige AG, die gemäß den Statu-
 14 ten der SPD Berlin (und sinngemäß auch der SPD) keine
 15 stimmberechtigten Mitglieder in die Kreisvorstände oder
 16 den Landesvorstand entsenden darf. Die aktuellen Rege-
 17 lungen in der Satzung sind weder inhaltlich noch organi-
 18 sationspolitisch nachvollziehbar und die daraus folgende
 19 Diskriminierung muss sofort beendet werden. Wir fordern
 20 eine Gleichstellung der AG Selbst Aktiv mit der ASF, der
 21 SPDqueer, der AG Migration und Vielfalt, der AG 60 plus
 22 und den Jusos.

23

24 Entsprechende Änderungen in Organisationsstatut,
 25 Wahlordnung und weiteren Regelwerken auf Landes-
 26 und Bundesebene sollen zeitnah erfolgen, so dass sie bei
 27 den nächsten Parteiwahlen im Jahr 2024 anwendbar sind.

28

29 Auf Landesebene zählen hier unter anderem folgende Än-
 30 derungen:

31 Erstens:

32 • 23* der Statuten der SPD Berlin, der die Zusammen-
 33 setzung des Landesvorstands regelt, soll angepasst
 34 und die AG Selbst Aktiv als stimmberechtigtes Mit-
 35 glied des Landesvorstands eingefügt werden:

36 23* Absatz (2) Satz 7 soll zukünftig wie folgt lauten (Einfü-
 37 gung fett, Streichungen durchgestrichen):

38 „[...] den von den Landesdelegiertenkonferenzen/**Landes-**
 39 **vollversammlungen** der AG 60 plus, Jusos, ASF, AfA,
 40 SPDqueer und AG Migration und Vielfalt, **der AG Selbst**
 41 **Aktiv** und der AGS nominierten Vertretungen der vorge-
 42 nannten Arbeitsgemeinschaften, die vom Landespartei-
 43 tag in den Landesvorstand gewählt worden sind. Nomi-
 44 niert werden kann nur, wer Mitglied des Geschäftsfüh-
 45 renden Landesvorstandes der jeweiligen Arbeitsgemein-
 46 schaft ist.“

47

48 Zweitens:

- 49 • 23 a* der Statuten der SPD Berlin, der die Zusam-
50 mensetzung der Kreisvorstände regelt, soll ange-
51 passt und die AG Selbst Aktiv als stimmberechtigtes
52 Mitglied des Kreisvorstandes eingefügt werden:

53

54 23 a* Absatz (3) Satz 7 soll zukünftig wie folgt lauten (Ein-
55 fügung fett):

56 den von den Mitgliederversammlungen der AG 60plus,
57 Jusos, AsF, AfA, AGS, **AG Selbst Aktiv** und AG Migration
58 und Vielfalt nominierten Vertretungen der vorgenannten
59 Arbeitsgemeinschaften, die von der Kreisdelegiertenver-
60 sammlung in den Kreisvorstand gewählt worden sind.
61 Voraussetzung hierfür ist die Existenz eines gewählten
62 Vorstandes der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft auf der
63 Ebene des Kreises. Nominiert werden kann nur, wer Mit-
64 glied des Geschäftsführenden Kreisvorstandes der jewei-
65 ligen Arbeitsgemeinschaft ist.

66

67 Eine Anpassung der Richtlinien der AG Selbst Aktiv, insbe-
68 sondere mit Blick auf die Nominierung von Vertreter*in-
69 nen in die entsprechenden Gremien, soll bei Bedarf ent-
70 sprechend folgend.

71 Entsprechende sinngemäße Änderungen sind dem Bun-
72 desparteitag zur Abstimmung vorzulegen.

73

74

75 **Begründung**

76 Seit dem 7.10.2021 verpflichtet das Landesgleichberech-
77 tigungsgesetz (LGBG) den Berliner Senat und die öf-
78 fentlichen Stellen dezidiert zur Umsetzung der UN-
79 Behindertenkonvention und des Artikel 11 der Verfassung
80 von Berlin zur Förderung, Schutz und Gewährleistung
81 des vollen und gleichberechtigten Genusses aller Rechte
82 durch alle Menschen mit Behinderungen. Erreicht werden
83 soll das Ziel eines uneingeschränkten und selbstverständ-
84 lichen Rechts auf Teilhabe durch alle Menschen mit Be-
85 hinderungen. In unserer Stadt der Vielfalt sollen alle Berli-
86 ner*innen die gleichen Rechte, die gleichen Chancen und
87 den gleichen Respekt erfahren.

88 Seit 2006 will der Gesetzgeber mit dem Allgemeinen
89 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) „Benachteiligungen aus
90 Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft,
91 des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer
92 Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu
93 verhindern oder zu beseitigen“. Die Schwächen des AGG
94 sind in den 17 Jahren Praxiserfahrung hinreichend deut-
95 lich geworden: Nicht alle von Diskriminierung Betroffe-
96 nen werden hinreichend geschützt, es ist nicht anwend-
97 bar auf alle Lebensbereiche und die Durchsetzung des
98 Rechts ist für viele und in vielen Fällen kaum möglich.
99 Der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition will daher eine
100 Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes: „Das

101 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir
102 evaluieren, Schutzlücken schließen, den Rechtsschutz ver-
103 bessern und den Anwendungsbereich ausweiten.“
104 Zwar erstreckt sich der Anwendungsbereich des AGG
105 nicht direkt auf die Strukturen der Parteien, jedoch muss
106 sich die SPD Berlin fragen, warum alle Arbeitsgemein-
107 schaften, die die Interessen der Menschen mit einem Dis-
108 kriminierungsmerkmal laut AGG vertreten, gleichberech-
109 tigte Mitglieder mit Stimmrecht in den Gremien sind –
110 außer der AG Selbst Aktiv. Das ist ein Diskriminierungs-
111 tatbestand, der nicht den Werten entspricht, den die SPD
112 nach außen vertreten will. Die AG Selbst Aktiv muss da-
113 her die gleichen Möglichkeiten haben wie die AG Migra-
114 tion und Vielfalt, die ASF, AG 60 plus und die Jusos sowie
115 die SPDqueer.